

Zeile

1 **Betr.: Der Abschluss des europäischen Verfassungsprozesses**

2 **Antragsteller: Auslandsgruppe Europa**

3 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

4 Die Europäische Union ist eine von liberalen Prinzipien geprägte Wertegemeinschaft
5 und muss der Motor der europäischen Integration bleiben. Die Achtung der Men-
6 schenwürde, Freiheit, Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit sowie Plura-
7 lismus, Toleranz und Nichtdiskriminierung sind, gemeinsam mit den Grundsätzen der
8 Subsidiarität und Solidarität, Kernbestandteile der europäischen Identität.

9 Europa kann die Zukunft nur vereint meistern. Aktuelle Herausforderungen wie die
10 Auswirkungen des Klimawandels, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus,
11 die Gewährleistung von Energiesicherheit und die Bekämpfung illegaler Immigration
12 sind Beleg dafür.

13 Die Schaffung einer neuen vertraglichen Grundlage für die Europäische Union ist
14 Voraussetzung für eine gezielte Fortsetzung der europäischen Integration. Die deut-
15 sche Bundesregierung hat die Verantwortung dafür übernommen, während der deut-
16 schen EU-Präsidentschaft einen Fahrplan für einen erfolgreichen Abschluss dieses
17 Prozesses vorzubereiten. Die Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Unterzeich-
18 nung der Römischen Verträge war hierfür nur ein erster symbolischer Schritt.

19 Die FDP ist überzeugt, dass der vom europäischen Konvent unter Beteiligung der
20 nationalen Parlamente vor den Augen der Öffentlichkeit erarbeitete Entwurf eines
21 Verfassungsvertrags einen guten Kompromiss darstellt. Er stärkt die EU als politi-
22 schen Akteur und bringt mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz in der Europäi-
23 schen Union und eine verbesserte Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der eu-
24 ropäischen und nationalstaatlichen Ebene. Er ist von 18 Mitgliedstaaten ratifiziert
25 worden, darunter auch in einigen Fällen durch Referenden. Es besteht keine Aus-
26 sicht, dass eine vollständige Neuverhandlung eines EU-Grundvertrags einen insge-
27 samt besseren Kompromiss hervorbringen könnte.

28 Nach der Wahl des neuen französischen Präsidenten und vor dem Ausscheiden des
29 britischen Premierministers bietet die Tagung des Europäischen Rates am 21./22.
30 Juni 2007 die vielleicht einzige historische Möglichkeit, alle Mitgliedsstaaten auf ei-
31 nen weiterführenden Abschluss des Verfassungsprozesses bis zu den Wahlen zum
32 europäischen Parlament im Juni 2009 festzulegen.

33 In diesem Zusammenhang fordert die FDP:

- 34 • Eine bis Ende 2007 zum Abschluss zu bringende Regierungskonferenz über-
35 nimmt bei Wahrung des Gehaltes des Textes des Verfassungsvertrags die Teile I
36 (Definition und Ziele der Union sowie die zentralen institutionellen Reformen, wie
37 der Ausbau der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat) und II (Charta der Grund-
38 rechte der Union) in einen europäischen Grundvertrag. Eine Regierungskonfe-
39 renz stellt gegenüber dem Konventsverfahren nur eine Notlösung dar und daher

Zeile

- 1 müssen alle Fraktionen im Europäischen Parlament die Möglichkeit erhalten,
2 durch Entsendung eines Vertreters ihre politischen Positionen in den Vertrags-
3 entwurf einzubringen.
- 4 • In diesen europäischen Grundvertrag müssen weitere konstitutionelle Elemente
5 aus Teil III des Verfassungsvertragstextes (die Politikbereiche und die Arbeits-
6 weise der Union), die für die Funktionsfähigkeit der EU unabdingbar sind, inte-
7 griert werden. Hierzu gehören insbesondere die Regelungen in Titel V über das
8 auswärtige Handeln der Union. Die Stärkung der europäischen Außenpolitik ist
9 ein zentrales Element des europäischen Grundvertrags und die FDP hält daher
10 auch am Begriff des Außenministers fest. Daneben ist es unabdingbar, den eu-
11 ropäischen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts durch die Einfüh-
12 rung von Mehrheits- und Mitentscheidungen zu stärken.
 - 13 • Querverweise auf existierendes EU-Recht können dazu beitragen, den Vertrags-
14 text zu kürzen ohne seinen Gehalt grundlegend zu verändern. Die Ersetzung des
15 Textes der Grundrechtecharta durch einen Querverweis in Teil I lehnt die FDP
16 indes ab, weil damit die Transparenz und Bürgernähe verloren ginge, die durch
17 die Aufnahme eines europäischen Grundrechtekatalogs in den Text gerade ge-
18 schaffen werden soll.
 - 19 • Die gegenwärtig geltenden EU-Verträge bieten die institutionelle Grundlage für
20 eine Gemeinschaft mit gegenwärtig 27 Mitgliedsstaaten. Vor dem Beitritt weiterer
21 Mitgliedsstaaten ist eine neue vertragliche Grundlage der EU daher schon recht-
22 lich unabdingbar. Auch politisch ist für mögliche weitere Beitritte eine grund-
23 legende Reform erforderlich. Nur eine konsolidierte, handlungsfähige Union ist er-
24 weiterungsfähig, ohne die erreichte Integration zu gefährden.
 - 25 • Die EU muss an einem stabilen Verhältnis zu den Nachbarstaaten interessiert
26 sein, die sich nicht für eine Vollmitgliedschaft in der EU qualifiziert haben oder
27 diese nicht anstreben. Als Alternative zum Beitritt muss sie diesen Staaten ande-
28 re Formen der Zusammenarbeit anbieten können, für deren Attraktivität und
29 Glaubhaftigkeit mit dem europäischen Grundvertrag die Grundlagen gelegt wer-
30 den müssen.
 - 31 • Im Verlaufe des Jahres 2008 ratifizieren alle Mitgliedsstaaten den europäischen
32 Grundvertrag, damit dieser vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni
33 2009 und der Bestellung der neuen EU-Kommission im Herbst 2009 in Kraft tre-
34 ten kann. In konsequenter Anwendung des Mehrheitsprinzips müssen Mitglied-
35 staaten, die das europäische Vertragswerk nicht ratifizieren, aufgefordert werden
36 können, die EU zu verlassen, wie es in Art. I.-60 des Verfassungsvertragsent-
37 wurfs vorgesehen ist.
- 38
39
40 Begründung erfolgt mündlich.